

Wenn Dänemark die Biersteuer senkt und die Limo-Abgabe abschafft, droht dem Einkaufsparadies auf der deutschen Seite der Grenze Ödnis: Bisher sind die Nachbarn aus dem Norden dort gern gesehene – und wichtige – Kundschaft **SEITE 23**

Tränen und Getöse: Mit einem Sieg über Ingolstadt kehrt Eintracht Braunschweig nach 28 Jahren in die Bundesliga zurück. Dank ihrer Anhängerschaft werden die blau-gelben Niedersachsen das Fußball-Oberhaus bereichern – aber wohl auch die Polizei beschäftigen **SEITE 22**

Foto: dpa



Spuren einer Beobachtung

ANTIFA Hat der Lübecker Staatsschutz eine Recherche-Gruppe auszuspähen versucht? Peilsender am Auto einer Aktivistin entdeckt. Verfassungsschutz stieß sich wiederholt an Neonazi-Outing

VON MAGDA SCHNEIDER UND ANDREAS SPEIT

Am Anfang steht ein Zufall: Eine Viertelstunde früher als sonst verlässt Sylvie Berg* an einem Arbeitstag im April ihr Büro, um in den Feierabend zu gehen. Als sie die Tiefgarage des Lübecker Bürogebäudes betritt, sieht sie, wie sich zwei Männer an ihrem Auto zu schaffen machen: Der eine kniet am vorderen linken Radkasten, der andere steht aufrecht, als halte er Wache. „Ich fragte sie, was sie da machen“, erzählt Berg. Sie hätten „nur mal geguckt“, habe der eine erwidert. Und der andere: „Ich will mir auch so'n Auto kaufen.“ Sylvie Berg steigt ein und fährt los, informiert aber auch per Handy den Hausmeister des Gebäudes: Sie hält die beiden Männer für verhinderte Autodiebe.

Schrauben gelockert

Weil sie nachdenklich geworden sei, erzählt Berg, fuhr sie zum Haus eines Freundes, um sich das Fahrzeug doch nochmal genauer anzusehen. „Ich entdeckte, dass alle drei Schrauben an der inneren Radkappen-Abdeckung vorne links nur noch locker an der Plastik-Verkleidung hingen.“ Zusammen mit ihrem Bekannten fährt sie zu einem gemeinsamen Freund, dem sie ebenfalls von den vermeintlichen Autodieben erzählt.

Der aber wendet ein, es könnten doch auch „Zivibullen“ gewesen sein – immerhin ist Sylvie Berg in einer Antifa-Gruppe

aktiv, die gezielt in der rechtsextremen Szene recherchiert. „Wir sind dann nach einiger Zeit noch mal zum Auto gegangen“, so Berg weiter. Die Schrauben seien „wieder fest angezogen“ gewesen. Es muss sich also erneut jemand am Auto zu schaffen gemacht haben. „Ich habe die ganze Nacht kaum geschlafen. Jedes Geräusch ließ mich hochschrecken.“

Am nächsten Morgen geht Sylvie Berg im Internet dem Verdacht des Freundes nach und wird auf Anheb fündig – auf einer Website, in der verdeckte Staatsschützer und Undercover-Ermittler in der linken Szene geoutet werden. Am gleichen Tag schreitet Berg mit Unterstützung weiterer Freunde zur Tat: Sie lockert die Schrauben am Radkasten und stößt hinter der Verkleidung auf ein schwarzes Gerät. Es wird sich als GPS-Tracker herausstellen. Solche Peilsender setzen Polizei wie auch der Verfassungsschutz ein, um Personen auf Distanz observieren zu können oder Kontakt- und Bewegungsprofile zu erstellen. Bei der Überprüfung weiterer Autos in Sylvie Bergs Umfeld deuten Spuren darauf hin, dass das Fahrzeug mindestens eines weiteren Antifa-Rechercheurs mit einem solchen Peilsender ausgespäht worden ist.

Kader geoutet

Gerade in Schleswig-Holstein haben Antifa-Initiativen immer wieder die Behörden zum Handeln bewegt, indem sie auf rechtsextreme Aktivitäten und



Frisch aus dem Radkasten: der entdeckte Peilsender (o.). Im Internet erkannte Sylvie Berg* die Staatsschützer wieder (u.) Fotos: Sebastian Isacu, Antifa

Strukturen aufmerksam machen. So sind laut aktuellem Verfassungsschutzbericht im vergangenen Jahr verstärkt NPDKader geoutet worden. Vor allem aber nicht der Partei zugehörige Rechtsextreme in den Regionen Kiel, Lübeck sowie dem südlichen Schleswig-Holstein wurden demnach durch Flugblätter und öffentliche Kundgebungen am Wohnort bekannt gemacht.

Indes ist etwa der Verfassungsschutz wenig erbaut von solchem Nazi-Outing. Der Vorwurf: Die vermeintliche Aufklärung sei mit der Forderung verbunden, den Rechten „Rückhalt und Akzeptanz“ in der Gesellschaft zu entziehen – mithin „sie öffentlich zu ächten“, so die Verfassungsschützer: Derlei Aktionen reduzierten eine komplexe gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung auf ein schlichtes „Gut gegen Böse“-Denken. Aber die Geheimdienstler stoßen sich auch am Schritt vor dem Outing: an der teils länderübergreifenden Recherche. Was Menschen wie Sylvie Berg

tun, erschwert – laut Verfassungsschutzbericht – „die polizeiliche Aufklärungsarbeit bei einschlägigen Straftaten“.

Bezeichnendes Schweigen

Bergs Hamburger Anwälte Britta Eder und Andreas Beuth, in deren Kanzlei der Peilsender inzwischen eingelagert ist, haben mehrere Sicherheitsbehörden in Schleswig-Holstein angeschrieben: Bis zum Freitag der vergangenen Woche sollten sie erklären, ob sie den Sender an Sylvie Bergs Auto angebracht haben und, falls ja, warum. Zudem beantragten die Anwälte Akteneinsicht.

Gemeldet hat sich einzig das Landeskriminalamt (LKA) in Kiel: Im Namen der Landespolizei teilte es mit, den Peilsender nicht installiert und auch „keine verdeckten Ermittlungsmaßnahmen“ eingeleitet zu haben. Auch sei gegen Sylvie Berg kein Strafverfahren anhängig. „Bezeichnend“ findet Rechtsanwalt Beuth es, „dass die Lübecker Kripo und die Staatsschutzabteilung K5 sowie die Staatsanwalt-

schaft Lübeck nicht geantwortet haben.“

Der Lübecker Fall ruft Erinnerungen wach an einen ähnlichen aus dem Jahr 2007: Nach Brandanschlägen auf Militäreinrichtungen ermittelte damals das Kieler LKA im Auftrag der Bundesanwaltschaft gegen Antifa-Aktivistinnen aus Bad Oldesloe – nach dem Strafgesetzbuch-Paragrafen 129a, „Bildung einer terroristi-

schen Vereinigung“. Damals führen die Behörden nahezu das ganze ihnen zur Verfügung stehende Repertoire auf – inklusive Handy- und Mail-Überwachung sowie Großem Lauschangriff auf Privatwohnungen. Der Bundesgerichtshof erklärte die Maßnahmen später sämtlich für rechtswidrig, das Verfahren wurde eingestellt.

*Name geändert



SÜDWESTER Das Lied vom Tod

Da stellt sich Ralf Stegner, der rote Recke, schon dem Duell mit sich selbst: als **einzigster Kandidat** für den Chefposten bei der schleswig-holsteinischen SPD. Und dann – verliert er. Sozusagen: Denn 78,2 Prozent der Stimmen, das ist Stegners schlechtestes Ergebnis bisher. „Ich hadere damit jetzt nicht“, winkt er ab. Aber Zurückweisung tut eben doch weh, besonders, wenn man sich am Morgen danach im Bett aufsetzt. Besser ist es da, man reibt der Partei gute Laune unter die Nase. „Sonne scheint“, twittert Stegner also, „Delegierte schlafen noch.“ Noch schnell den Musiktipps des Tages hinterher: das Titelthema eines Westernfilms. Trompeten, Geigen. Es ist der Soundtrack zum Tod durch den Colt. Manchmal kann man seine Gefühle eben doch **nicht einfach verstecken**.

Konflikt abgeflaut

MESSE-STREIT Ein Kompromiss sieht vor, die Windenergie-Branche jährlich abwechselnd in Hamburg und Husum zusammen kommen zu lassen

Der Streit um die Windmesse zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ist beendet. Am heutigen Montag wird in Rendsburg ein Kooperationsvertrag der beiden Messgesellschaften unterzeichnet. Nach taz-Informationen sieht er vor, dass künftig im jährlichen Wechsel eine internationale Windenergiemesse in Hamburg und eine nationale in Husum stattfindet. Den Auftakt macht im kommenden Jahr Hamburg.

Dafür gründen beide Städte eine gemeinsame Gesellschaft, die alle Risiken und Gewinne teilt. Die Vereinbarung läuft über zunächst zehn Jahre mit der Option auf Verlängerung. Auch der Hauptrepräsentant der Branche, der Verband der Deutschen Ma-

schinen- und Anlagenbauer (VDMA), trägt diesen Kompromiss mit: Er hat bis mindestens 2019 seine Beteiligung an beiden Veranstaltungen zugesichert.

2011 hatte der VDMA sich dafür ausgesprochen, die internationale Leitmesse der Windenergiebranche, die seit 1989 alle zwei Jahre im nordfriesischen Husum stattfindet, nach Hamburg zu verlagern. Das hatte zu einem heftigen Konflikt zwi-

Auch der Hauptrepräsentant der Branche trägt den Kompromiss mit

schden den beiden Messgesellschaften geführt – und zu einem politischen Streit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. In Kiel war man der Ansicht, das Hamburger Vorgehen sei mit gutnachbarschaftlichen Beziehungen nicht recht vereinbar.

Im Gegenzug wollte Schleswig-Holstein den Hamburgern dann nicht länger erlauben, ihren Hafenschlick in der Nordsee loszuwerden. Das hat inzwischen zu massiven Versandungen in der Elbe geführt, so dass immer mehr große Schiffe Probleme bekommen, den Hamburger Hafen anzulaufen. Mit einem Kompromiss in Sachen Windmesse kommt auch dieser Konflikt einer Lösung näher. **SMV**

Mit Nachdruck

STUDIENGEBÜHREN Auch wenn Einigkeit herrscht: 18.000 Unterschriften für die neue Ministerin

„Unsoziales Relikt einer fehlgeleiteten Hochschulpolitik“. Seit November 2012 mobilisiert die Gewerkschaft IG Metall in Niedersachsen gegen die Studiengebühren. 18.000 Unterschriften hat man gesammelt, die heute an die neue Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Klajic (Grüne) übergeben werden. Diese ist ihr Amt im Februar angetreten mit dem Ziel, die 500 Euro Studiengebühren pro Semester abzuschießen. Das weiß auch die IG Metall. Die Protestnote wolle man dennoch „symbolisch überreichen“, sagt ein Sprecher.

128 Millionen Euro im Jahr fallen mit dem Gebühren-Aus bei den Hochschulen weg. Kompensiert werden soll das, so heißt es im Koalitionsvertrag, „aus dem

Landeshaushalt“. Zugleich hat sich Rot-Grün einen strikten Sparkurs verordnet.

Entsprechend zögerlich ist man mit dem Zeitplan: 2014, voraussichtlich zum Wintersemester, fallen die Gebühren. Zur Gegenfinanzierung braucht Rot-Grün dann 67,1 Millionen Euro – 22 Millionen soll das Sozial-, weitere 12,4 das Innenministerium aufbringen. Kommt das Aus schon im Sommer, sind nochmals gut 60 Millionen nötig.

Rechtsfest soll all das ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren machen, an dem das Wissenschaftsministerium derzeit arbeitet. Manches ist noch unklar: So bleiben die Langzeitstudiengebühren – aber „sozialverträglich“ gestaltet. **THA**